



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

60 (5.2.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314098](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314098)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich,
Beleglohn 26 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag N. 2.42 pro Quartal,
Einzel-Nummer 5 Pf.

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 25 Pf.
Ankündigungs-Zeile . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geliefenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (In-
nahmen-Druckarbeiten) 841
Redaktion 377
Expedition und Verlag:
Buchhandlung . . . 216

Nr. 60.

Freitag, 5. Februar 1909.

(Abendblatt.)

Nationalliberale Partei und Sozialpolitik.

Zur Reichstags-Debatte hat gestern die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern begonnen und damit haben die großen sozialpolitischen Debatten, die sozialpolitischen Rück- und Ausblicke angehoben, die seit Pofadowsky, der in schweren Zeiten das sozialpolitische Gewissen der Nation genannt wurde, zu den interessantesten und wichtigsten Abschnitten der Reichstags-Debatten gehören. In die Stelle des Grafen Pofadowsky ist inzwischen Herr von Bethmann-Hollweg getreten und entgegen allen Befürchtungen und allen Verläufen, dem Bogen der Sozialpolitik einen Schenkelbruch anzulegen oder ihn in zu flottes Tempo zu verlegen, geht es unbeirrt und stetig vorwärts. Nicht im Automatismus aber auch nicht im Schematismus, und von einem Stillstand in der Sozialreform kann schon gar nicht die Rede sein, wenn schon die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht müde wird, mit dieser demagogischen Phrase hausieren zu gehen. Das war unter Pofadowsky so, das ist es unter Bethmann-Hollweg und wird wie anders werden, solange der Reichstag nicht einfach Klassenpolitik des Industriearbeiters treibt, die die Sozialdemokratie wünscht. Die Anerkennung dafür, daß auch unter Bethmann-Hollweg ein stetiger und verständiger Fortschritt der sozialen Gesetzgebung erfolgt ist und erfolgt, konnte dem Minister des Innern der nationalliberale Abg. B a s s e r m a n n aussprechen. Er erinnerte zutreffend an das Wort Bethmann-Hollwegs, daß Stillstand in der Sozialpolitik Verfall bedeute, und erklärte, daß die nationalliberale Partei dieses Wort unterschreibe. Es ist ja leider gegenüber sozialdemokratischen Verdächtigungen und Entstellungen nie überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die nationalliberale Partei eine Partei des sozialpolitischen Fortschrittes gewesen ist, ist und sein wird, freilich versteht sie den sozialpolitischen Fortschritt nur im Rahmen der allgemeinen nationalen und kulturellen Interessen und im Rahmen der Berücksichtigung aller anderen Stände neben den Industriearbeitern, und freilich versteht sie unter Sozialpolitik nicht nur Klassenpolitik des Industriearbeiters, sondern sucht auch in gerechtem Ausgleich die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der anderen Erwerbsstände zu fördern.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten einer nicht mit Klassenpolitik zu verwechselnden Sozialpolitik aus konnte der Abg. Bassermann dann auch mit Recht es als äußerst wünschenswert bezeichnen, daß die Zahl der sozialpolitischen Resolutionen eingeschränkt werde. Diese Sturmflut sozialpolitischer Resolutionen, dieses erbitterte Ringen um den Reform so doch schließlich einem unwürdigen Wettkampf um die Gunst der Massen nur allzu ähnlich, zudem war diese Anhäufung ganz ungewöhnlich. Erledigt konnten die Resolutionen unmöglich werden, sie waren schließlich bedrucktes Papier, und obwohl sie in dieser Eigenschaft keine Einwirkung auf die Verhältnisse der Industrie, auf die Bewegungsfreiheit der Unternehmer, auf die Konkurrenz- und Erwerbsfähigkeit der Unternehmen ausüben konnten, benutzten sie doch die Industrie, die in dieser Sturmflut von schönen Worten und schönen Willen fälschlicherweise eine reelle Unterstützung der sozialpolitischen Gesetzgebung sah,

und machten die enttäuschten Arbeiter, deren Wünsche in den eifrigen Resolutionen kristallisiert wurden ohne Aussicht auf plötzliche Erfüllung, der sozialdemokratischen Agitation nur so viel zugänglicher. Nachdem er alle die großen sozialpolitischen Aufgaben, die der Reichstag in dieser Session erledigt hat oder an deren Endigung er arbeitet, aufgezählt hatte konnte Bassermann mit Recht betonen, daß der Reichstag, ohnehin mit Arbeiten überhäuft, mehr nicht leisten könne und daß weitere Vorlagen vorläufig nicht gefordert werden könnten. Der nationalliberale Führer führte u. a. das Arbeitskammergesetz an, das noch in dieser Session Erledigung finden werde. Und wir meinen, wenn es dem Reichstagspräsidenten, auch nur diese äußerst schwierige Aufgabe zu erledigen, der in dem Widerstreben sowohl der Arbeitgeber wie der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen schier unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen, und Arbeitskammern ins Leben zu rufen, die als Mittler der Verständigung und des sozialpolitischen Friedens auch wirklich funktionieren können, wie meinen, daß dann der Reichstag mit Befriedigung und ohne Vorwurf auf seine sozialpolitische Tätigkeit blicken kann, auch wenn sich sein sozialpolitischer Eifer nicht in so vielen papiernen Resolutionen erschöpft hat, wie frühere Sessionen. Daß trotz dieses Mäßigkeitsstandpunktes die nationalliberale Partei alle wirklich dringenden und andringenden Aufgaben in erster Arbeit mitzuerledigen bereit ist, beweisen Bassermanns ausführliche Vorlesungen über die Reform der Krankenkassen. Wir verweisen für Einzelheiten auf die unten abgedruckte Rede selbst und erwähnen nur, daß er der Zentrumsemotion über die obligatorische Verhältniswahl bei der Krankenversicherung zustimmte, auf Grund der günstigen Mannheimer Erfahrungen und Einrichtungen auf gleichem Wege die Schaffung von Einigungscommissionen zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der Krankenkasse forderte, und sich der Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversorgung widersetzte.

Die nationalliberale Partei hat nur eine Resolution zum Etat des Innern eingebracht, und diese trägt einen ausgesprochen mittelständischen Charakter, sie fordert Reichszuschüsse für den Ausbau des „Deutschen Handwerksblatts“. Das ist die andere Seite nationalliberaler Sozialpolitik, neben der Hebung des industriellen Arbeiterstandes im Rahmen des Allgemeinwohls, Hebung auch anderer Erwerbsstände, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ungünstige Verhältnisse gebracht hat. Unter diesem Gesichtspunkt ging Bassermann genauer auf den fruchtbarsten Gedanken der freiwilligen Weiterentwicklung des Handwerkes ein und gab detaillierte Anregungen.

Soviel in großen Zügen über die vom Abg. Bassermann vertretene nationalliberale Sozialpolitik. In diesem Sinne wie die nationalliberale Partei als eine wahre Partei des sozialpolitischen Ausgleichs an den Aufgaben der laufenden Session mitarbeiten und Bassermann konnte mit Recht auf führen, daß wenn alle diese Aufgaben erledigt seien, geduldiger Fortschritt der sozialen Reform zu bezeichnen sein werde. Mit diesen Worten sind die großen Zielpunkte unserer Sozialpolitik gegeben, und ist gegeben,

daß die nationalliberale Partei von Bethmann-Hollweg nicht eine Sozialpolitik des Stillstands, sondern des verständigen Fortschritts wünscht, und wenn etwa aus der nur einen nationalliberalen Resolution zum Etat des Reichsamts des Innern eine Abkühlung des sozialreformatorischen Sinnes der Nationalliberalen gefolgert werden sollte, so widerspricht dem wohl die Tatsache, daß Bassermann in der Generalausrede wieder selbst das Wort nahm, und ihm wird wohl in allen Parteilagern die Anerkennung als eines der energischsten und eifrigsten Sozialpolitiker nicht verweigert werden, als eines Mannes, der die nationale Bedeutung einer zielbewußten Sozialpolitik mit zurecht erkannt und seine Partei danach handeln lehrte.

Die sozialpolitische Rede Bassermanns in der Reichstags-Sitzung vom 4. Februar 1909.

Zum Etat des Reichsamts des Innern führte der Abg. Bassermann aus:

Das Reichamt des Innern umfaßt einen so ungemein großen Arbeitsstoff, daß es unmöglich ist, im Rahmen einer Rede alle Anregungen zu behandeln, die auch nur im Laufe einer Session hier gemacht wurden. Aus der langen Zweifelsfrage, die Herr Trimborn uns hier vorgelegt hat, will ich daher nur einzelne herausgreifen. Der Staatssekretär hat am 2. November 1907 erklärt: es siche verfallen, wenn wir in der Sozialpolitik stillstehen wollten! Das ist ein Satz, den auch wir unterschreiben können. Der Staatssekretär hat diese Behauptung auch tatsächlich verwirklicht. Anstelle einer Periode, die mit der letzten Amtstätigkeit des Grafen Pofadowsky zusammenfällt, indem vielmehr über einen Stillstand der sozialen Reform gellagt wurde, ist heute eine Periode der geschäftigen Tätigkeit getreten, die, vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokratie, auf allen Seiten des Hauses Anerkennung gefunden hat. Eine Reihe von geschäftigen Anregungen, die hier gemacht worden sind, sind sprichwörtlich geworden und haben sich zu Gesetzentwürfen verdichtet. Die große Gesetzgebung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung hat noch einer Gesamtreform. Aber das

Arbeitskammergesetz wird noch in dieser Session Erledigung finden. In bezug auf den Arbeiterich sind dem Reichstags große Aufgaben gestellt worden. Das Gesetz über den Schutz der Frauen und der gewerblichen Arbeit ist bereits vor Weihnachten verabschiedet worden, die Gewerbeordnungscommission ist weiter an der Arbeit. Was die Mittelstands-Gesetzgebung anlangt, so haben wir das Gesetz über den Kleinen Befähigungsnachweis erledigt. Ein neues Gesetz über den unläuteren Wettbewerb wird demnächst verabschiedet werden.

Eine Mehrleistung des Reichstages erscheint ausgeschlossen. Das Haus ist zurzeit derartig beschäftigt, daß weitere Vorlagen, ehe ein Teil der vorliegenden Arbeit nicht erledigt ist, kaum gefordert werden können. Das ist wohl auch die Ursache, daß in diesem Jahre die Zahl der Resolutionen bedeutend geringer ist. (Sehr richtig!) Es liegt auch im Interesse des

Genilleton.

Novellen aus Oesterreich.

Von Ludwig Hirschfeld (Wien.)

I.

Oesterreichische Dichter finden nur langsam und beschwerlich den Weg in die breite Popularität. Selbst die Hervorragendsten müssen viel länger auf die allgemeine Anerkennung warten als irgend ein mittelmäßiger reichsbäuerlicher Autor. Erst in den letzten Jahren hat sich dieses Mißverhältnis ein wenig gebessert, man hat jetzt sogar, namentlich in Berlin, eine gewisse Vorliebe für österreichische Art und Weise, wobei es allerdings noch fraglich ist, ob das nicht eine rasch vorübergehende Mode-Laune ist. Eine sehr erquickliche Anerkennung des literarischen Oesterreichertums ist das Erscheinen der sämtlichen Werke Ferdinands v. Saar's im Verlag der Kallioverlag Max Hoff. Es ist dies die erste Gesamtausgabe der Werke Saars der ja auch in dieser Hinsicht an die alt österreichische Tragedie Grillparzer erinnert. Saar hat von keinem seiner Bücher, die bei verschiedenen unbedeutenden Verlegern erschienen, mehr als zwei oder drei Auflagen erlebt, und erst nach seinem Tode wird ihm das buchhändlerische Abonnement zum Klassiker zuteil. Diese Gesamtausgabe wird vom Wiener Zweigverein der deutschen Schillerstiftung, der Erbin Saars' veranstaltet. Wie wir ein ausgezeichnetes Mitglied des Wiener Zweigvereines der Schillerstiftung erwähnte, hat sich der Hoff'sche Verlag die Erwerbung der Werke Saars', die Abfassung der alten Verlagsrechte, den Druck etc. zusammen ca. 20000 Mark kosten lassen. Diese nächstverkauften Jahrgang haben schon ein Vertrauenwort und eine Anerkennung

für Saar, eine größer, als spaltenlange Artikel in Veritas und Literaturgeschichten.

Das Unternehmen ist in berufenen Hände gelegt worden, nämlich in die des Hofrats Professor Jakob Minor, dem man ja bereits die beste kritische und ästhetische Studie über Saar verbank und der sich auch hier als ein verständnisvoller und sorgfältiger Herausgeber der Werke bewährte. Die biographische Einleitung schrieb Dr. Anton Wetzelheim, ein österreichischer Literaturhistoriker von Ruf, der dem Dichter persönlich nahegekommen ist und der bei seiner Arbeit zahlreiche Briefe und Dokumente verwerten konnte. Die Werke enthalten in zwölf Bänden fast alles, was Saar bis zu seinem Tode veröffentlicht oder geschrieben hat. Zunächst drei Bände Gedichte und epische Dichtungen, dann zwei Bände Dramen, die Sömmergallbinder Saars. Die übrigen sechs Bände enthalten, nebst einer Auswahl aus der dichterischen Prosa und einer Bibliographie, die eigentlichen Werke Saars', seine „Novellen aus Oesterreich“. In allen handelt es sich um Erlebnis, Gefühle, um Schicksale und Hingehen von deutlicher österreichischer Herkunft. Das ganze Vergehen dieses Landes in den letzten 20 Jahren ist darin in kleineren und größeren Abzügen geschildert. Nicht jede von diesen 22 Novellen ist ein unvergängliches Meisterwerk, aber keine ist darin, die nicht ihren besonderen Wert und Reiz hätte, zumal für den österreichischen Leser. Einige davon sind das Größte und Kleinste, was von Oesterreichern auf erziehendem Gebiete geleistet worden ist. Ginepro, Leutnant Burdo, Reueien der Liebe und vor allem Innocens, Saars' früheste Novelle und zugleich sein Meisterstück. Und wenn er die ganzen zwölf Bände nicht geschrieben hätte und bloß diesen „Innocens“, wüßte man ihn schon deshalb zu den Oesterreichischen Klassikern zählen.

Von Saar zu den anderen und neueren österreichischen Novellisten ist es ein ziemlicher Schritt. Den Übergang bildet wiederum der Hoff'sche Verlag, in dessen wöchentlichem Volksabdrucker

sich schon eine ganze Reihe von guten österreichischen Romanen: Stifter, Hojeger, Richter, Grassberger zusammengefasst haben. Mit den drei neuesten Bänden kommen J. J. David, Josef Willomiger und Stephan Willominger hinzu, drei grandios-schiedene aber, jeder in seiner Weise, tüchtig österreichische Autoren. David, der alljährlich Verheerens, hat trotz aller zeitlichen und äußeren Zugehörigkeit zur Wiener Moderne viel mehr österreichisches, Schätziges und Konservatives an sich. Das zeigt deutlich dieser „Stimmen der Dämmerung“ betitelt Band Erzählungen. Er enthält fünf Stücke, zum Teil aus der währischen Heimat des Dichters, zum Teil aus dem Wiener Milieu, Historisches, Modernes, aber überall ist es dieselbe herbe schwerblättrige Erzählungskunst, mit der der Dichter gerungen hat, und mit der auch der Leser manchmal ringen muß. Das ist wohl der Grund, warum David niemals wirklich populär werden kann. Literarische Genüsse werden sich jedoch dieser kleinen Auswahl freuen, wie auch der klugen Einleitung Julius Beralls und der interessanten persönlichen Erinnerungen Dr. Robert Reinhardts.

Josef Willomiger, von dem ein Bändchen „Demoresken in Vers und Prosa“ vorliegt, war ein ganz anderer Oesterreicher, einer von der leichteren fröhlichen Art, dabei ziemlich polemisch und streitbar, wozu er ja als Oberhaupt der „Bohemia“ reichlich Gelegenheit hatte. Der barocke Wit und Humor scheint doch seine eigentliche Stärke gewesen sein, und auch in der Prosa zeigt er sich gewandter und origineller als im Vers, wenigstens eines seiner Gedichte („Wir schielen nicht, wir schauen“) zu einer Art deutsch-böhmischen Nationalgefangen geworden ist. Aus diesem Bändchen ist eine gewissenhafte und instruktive Einleitung von Dr. Robert Reinhardts beigegeben.

Schließlich noch Stephan Willomiger, der während der Oesterreichischen Literatur, von dem ein Auswahlbändchen Erzählungen schon im vorigen Jahre bei Hoff erschien. In dem diesjährigen Bändchen kommt erst der eigentliche Willomiger

Parlaments, die Zahl der Resolutionen möglichst einzuschränken. (Sehr richtig!) Denn durch ein Uebermaß von Resolutionen tritt eine völlige Entwertung dieses Mittels ein, da das politische Publikum dieser Unmasse von Resolutionen selbstverständlich kein Interesse nicht schenken kann.

Was das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb anlangt, so werden wir in der Kommission überlegen müssen, ob nicht auch die Frage der Regelung des Schmiergeldern anwesens einer gesetzgeberischen Aktion unterzogen werden muß. (Sehr gut! bei den Natlib.)

Rum zu den einzelnen Resolutionen. Eine Zentrumsresolution fordert die:

obligatorische Verhältniswahl bei der Krankenversicherung.

Wir können ihr zustimmen. Der letzte allgemeine Kongress der Krankenkassen im Mai 1908 in Berlin hat sich mit allen Fragen der Krankenversicherung befaßt. Wir stimmen nicht mit allen Resolutionen, die dort gefaßt wurden, überein. Wenn verlangt wurde, daß die Selbstverwaltung auf breiterer Basis aufrecht erhalten werden muß, so sind wir mit diesem Prinzip ohne weiteres einverstanden. Wir wünschen die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung, aber sie ist nicht gleichbedeutend mit dem gegenwärtigen Zustand, der den Arbeitnehmern zwei Drittel und den Arbeitgebern ein Drittel der Verwaltung einräumt. Wir würden es vorziehen, wenn die Parität in der Verwaltung eingeführt würde. (Sehr richtig! h. d. Natlib.) Wenn dabei eine Halbierung der Beiträge eintritt, so würde das ein weiterer Vorteil sein, der den Arbeitnehmern zulieft. Der bestehende Zustand ist unbefriedigend. Eine Reihe von Arbeitgebern lehnt es ab, unter dem heutigen Gesetz sich mit diesen Verwaltungsgeschäften zu befassen, vielmehr und vor allem deshalb, weil jeder Einfluß der Arbeitgeber auf die Befestigung der Verwaltungsstellen fehlt, weil selbstverständlich diejenigen entscheiden, welche Zweidrittelmehrheit haben. Da liegt natürlich die Gefahr sehr nahe, daß auch einmal andere Einflüsse und andere Erwägungen sich geltend machen als soziale. Das liegt in der menschlichen Natur, daß man doch sehr leicht geneigt ist, den Parteigenossen, den Mann, der einem am nächsten steht, zu berücksichtigen. Ich meine: die Parität in der Verwaltung ist eine logische und eine gerechte Forderung, die immer wieder erhoben werden muß. (Sehr richtig! h. d. Natlib.)

Eine zweite Frage ist die des Vorfisenden. Es muß eine Garantie dafür geschaffen werden, daß der Vorfisende ein unparteiischer Mann ist, daß er mit seinen Interessen nicht in dem einen oder anderen Lager steht. (Sehr richtig! bei den Natlib.) Ueber den Kreis der Versicherten haben wir kürzlich schon gesprochen bei den Verhandlungen über das Koalitionsrecht. Mein Fraktionsgenosse Klebe hat sich bereits dahin ausgesprochen, daß wir der reichsgesetzlichen Krankenversicherung der Landarbeiter zustimmen, desgleichen auch dem Erlaß einheitlicher Bestimmungen für das Gesinde. Die Frage der Betriebskrankenkassen will ich noch streifen. Vorwiegend ist die Befestigung der Betriebskrankenkassen verlangt worden. Dieser Forderung darf wohl nicht entgegen werden, schon mit Rücksicht darauf, daß es sehr schwierig sein würde, alle die Vermögenswerte zu erproben, die im Laufe der Jahre von diesen Betriebskrankenkassen geschaffen worden sind. Wir wünschen, daß diese Institute, die sehr segensreich gewirkt haben, aufrecht erhalten werden und daß bei der Reform die Uniformierung nicht so weit geht, daß die Gebilde vollständig verschwinden. (Zustimmung bei den Natlib.) Es kommt in der Hauptsache darauf an, ob eine solche Einrichtung ihren Zweck erfüllt, nicht darauf, ob die Organisation so gewählt ist, daß dem Rechtsbedürfnis genügend Rechnung getragen wird. (Sehr richtig! bei den Natlib.) Wenn nach der Richtung Vorfrage getroffen wird und wenn eine Staatserweiterung hinsichtlich der Leistung der Betriebskrankenkassen gegeben ist, dann ist gegen sie nichts zu sagen. Die

Frage der Krankenkassen

spielt für sich eine große Rolle aus Anlaß der Differenzen in Köln. Das Friedensbedürfnis beider Teile und großer Bevölkerungsbedürfnis verlangt eine Regelung der Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten. Eine solche Regelung ist z. B.

in Mannheim

erfolgt. Man hat dort das System der freien Arztwahl akzeptiert, allerdings nicht ohne Streiteln, sondern man hat Organisationen geschaffen und ist dann zum Friedensschluß mit den Krankenkassen gekommen. Die Entwicklung war die: als einzelne Ärzte als Krankenkassenärzte angeheißt

ist der Spritzer zum Wort, der so auch nie nach Gebühr gerühmt und gelobt worden ist. In der Konzentration dieser Kunst hat gewinn man ein klares Bild des feinen und vornehmen Dichters. Man liest mit Staunen und Betroffenheit seine wunderbar intensive Naturheil, seine feuchte zurückhaltende Vielbespreiz und namentlich seine gehaltvolle Gedankenreife. Wenn man mit dem Dichter so in keinem größeren Resonanzboden gebracht hat, und der Grund liegt vielleicht darin, daß Rilow zu Orsova an der rumänischen Grenze geboren wurde und zu Wörling bei Wien kost sein ganzes Leben verbrachte. Dem Buche geht eine sorgfältige und überaus herzliche Einleitung von Professor Oswald Engel voraus, dem deshalb das Unrecht, das er in seiner Literaturgeschichte an Saar begangen hat, ein wenig vergeben sei.

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskaufstelle für Frauenberufe.

L. 12, 18 3. Etod.

Sprechstunde: Mittwoch von 10-11 Uhr.

An die deutschen Frauen!

na. Heidelberg, 4. Febr. Unter dem Titel „Die weibliche Bedienung im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe“ hat Frau Camilla Jellinek, die Gattin des bekannten Staatsrechtslehrers Geh. Hofrat Jellinek, die Begründerin des Kellnerinnenbundes in Heidelberg, eine von uns bereits mehrfach genannte, D. Red.) Broschüre in der Sammlung „Kultur und Fortschritt“ (Verlag von Felix Dietrich in Gausch bei Leipzig) erscheinen lassen, in der sie die Forderung auf Abhaffung des Kellnerinnenberufes aufstellt. Es soll ein Gesetz geschaffen werden, nach welchem es Gast- und Schankwirten unterlagt ist, weibliches Personal zur Bedienung der Gäste in

wurden, da trat eine Staffstellung großer Teile des ärztlichen Berufsstandes ein. Als die Schwierigkeiten sich mehrten, organisierten sich die Ärzte, und es gab einen Kampf der Organisationen gegen die Organisation. Heute ist der Friedensschluß vielfach herbeigeführt. Die Ärzte haben sich organisiert und die Bedingungen aufgestellt, unter denen jeder Arzt die Krankenkassenpraxis ausüben darf. Es steht natürlich jedem Arzt frei, einer solchen Organisation beizutreten. Von dieser Organisation werden die Einigungsverhandlungen mit den Krankenkassen geführt. In einer Reihe von Städten ist man auch zu einem gemeinsamen Statut gekommen, das ausgezeichnet funktioniert. Jedenfalls erscheint diese Regelung der Sache durchaus zweckmäßig. Man sollte im Gesetz eine Einigungskommission zwischen Ärzten und Vertretern der Krankenkassen vorsehen. Die Vorstehende müßte allerdings sehr tüchtig und ein wirkliches Friedensinstrument sein. Ueber diesem Einigungsausschuß müßte das Schiedsgericht stehen. Gibt das alles nichts, so müßte natürlich der Kampf entscheiden, und für diesen Kampf müßte die Organisation eventuell auch die Streikfreiheit der Ärzte gewährt bleiben.

Im übrigen hat man im Laufe der Jahre bezüglich der Reform der sozialen Gesetzgebung

seine Meinungen revidieren müssen. Graf Vosjadowsky hat feinerzeit gesagt, wenn man noch einmal die Arbeits-, Unfall- und Invaliditätsversicherung einführen hätte, so würde es in einer einheitlichen Organisation gehen. Dieser Zeitpunkt ist verflüht, und Graf Vosjadowsky selbst mußte anerkennen, daß eine radikale Umformung, die von einer Zentralkasse aus die gesamte sozialpolitische Einrichtung in letzter Instanz verwaltet, in absehbarer Zeit nicht in Aussicht gestellt werden könne. Die bisher gewonnene Sachkenntnis würde dadurch zum großen Teil ausgeschaltet werden. Er hielt weiter eine bestimmte Dezentralisation für eine unbedingte Notwendigkeit. Diese Gesichtspunkte führen dahin, daß die

Selbständigkeit der Berufsvereinigungen

aufrechterhalten werden muß. Die Berufsvereinigungen fürchten, daß ihre Selbständigkeit angefochten wird. Wir müssen anerkennen, daß wenn auch bei einzelnen Berufsvereinigungen Mängel hervorgetreten sind, doch im ganzen von ihnen ein großer Segen ausgeht. Sie arbeiten ehrenamtlich unter Aufwand großer Mühe und Zeitopfer seitens der Industriellen und ihrer Beamten. (Sehr richtig.) Ob die Zulassung von Arbeitern bei den Erörterungen über den ersten Beschluß, der die Rente festsetzt, die Sache fördern würde, ist zweifelhaft. Jetzt besteht bei den Berufsvereinigungen ein Entschuldigungsansatz, der die Rente nach Maßgabe des ärztlichen Zeugnisses berechnet. Schafft man ihn ab und setzt an seine Stelle eine komplizierte bürokratische geleitete Instanz, so würde sich der schon jetzt sehr große Verwaltungsaufwand ins Unerträgliche erhöhen. Bei den jetzigen Bescheiden werden nur 4 Prozent durch das Schiedsgericht abgeändert; das spricht doch für die gute Qualität dieser ersten Bescheide. Es kommt hinzu, daß jetzt bei der ersten Festsetzung Sachgenossen urteilen, während bei einer territorialen Ausgestaltung dieser Gesichtspunkt der Sachverständigkeit wegfällt würde. Ob die Bescheide dadurch gewinnen, darf immerhin sehr bezweifelt werden. (Sehr richtig! bei den Natlib.) Der Präsident des Reichsversicherungsamtes hat selbst anerkannt, daß es in erster Linie der selbstlosen Tätigkeit der Berufsvereinigungen zu danken ist, wenn es gelang, die Arbeiterversicherung in dem humanen Geiste ihres erlauchten Schöpfers durchzuführen. Beschwerden richten sich gegen den Paragr. 31 des Gewerbe-Unfallgesetzes. Der deutsche Handwerker- und Gewerbeverband verlangt, daß im Paragr. 31 auf die besondere Verhältnisse der einzelnen Berufsvereinigungen Rücksicht genommen werde. (Sehr richtig!) Der heutige Zustand ist für die wirtschaftlich schwachen Handwerker kaum zu ertragen; gerade durch diese Bestimmungen, die doch Wohlthaten erzeugen soll, wird der Ruin vieler Existenzen herbeigeführt. (Sehr richtig!) Ich empfehle also in diesem Punkte eine Aenderung des Gesetzes.

Den Vorschlag einer industriellen Organisation, im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform, den Staatszuschuß von 50 Mark für die Invalidenrente aufzubehalten, meine ich, muß man ablehnen. Wir wollen nicht aus einer hoffentlich vorübergehenden Notlage eine Belastung der Industrie herbeiführen. Ueberdies sollte man nicht den Grundlag beseitigen, der in dem Staatszuschuß anerkannt wird, daß jemand, wenn er Invalid wird, nicht nur

den Gast- und Schankwirtschaften zu beschäftigen. In Orten unter 1000 Einwohnern kann die höhere Vermoögensbehörde, den lokalen Verhältnissen Rechnung tragend, Ausnahmen von dieser Regel gestatten. Die Erlaubnis kann jederzeit widerrufen werden. Außerdem sollen Uebergangsbestimmungen berart getroffen werden, daß alle Kellnerinnen, die nachweislich bereits ein Jahr im Berufe stehen, auch weiterhin dazu zugelassen werden. In der kleinen Schrift legt Frau Camilla Jellinek ihre Erfahrungen über den Kellnerinnenberuf und aus dem Heidelberger Kellnerinnenheim dar und zeigt an Beispielen die großen körperlichen und moralischen Schäden, die aus diesem Berufe resultieren. Auch bepricht sie die Schäden der Stellungsvermittlung und der Wohnungsverhältnisse, gegen die jegliche Bekämpfung auf anderem Wege als durch die Aufhebung des Kellnerinnenberufes ausichtslos sei. Wer sich für die Frage des Kellnerinnenberufes interessiert, findet in der Schrift vielerlei interessante Einzelheiten. Im Anschluß an diese Broschüre erläßt Frau Geheimrat Jellinek folgenden Aufruf an die deutschen Frauen:

„Im Verlage von Felix Dietrich, Gausch bei Leipzig, in der populären Serie „Kultur und Fortschritt“ ist kürzlich eine kleine Schrift von mir, „Die weibliche Bedienung im Gastwirtschaftsgewerbe“, erschienen. (Preis des Einzelbestes 25 Pf., der Reihe von 10 Heften 1.20 Mk.). Auf Grund eingehender Studien u. praktischer Beobachtungen komme ich darin zu dem Resultate, daß es keine andere Lösung der Frage des Kellnerinnenberufes gibt, als seine Aufhebung. Ich beabsichtige eine Petition in dem Sinne ergehen zu lassen, daß ein Reichsgesetz geschaffen werde, durch welches die Verwendung von Kellnerinnen in größeren Städten künftig verboten würde, zugleich aber die Weiterzulassung der seit mindestens einem Jahre im Berufe stehenden Kellnerinnen zu ihrem Berufe ausgesprochen würde. Zu diesem Zwecke gestalte ich mir, an alle deutschen Frauen, die dieser For-

für sich und die Industrie gearbeitet hat, sondern schließlich auch für die Allgemeinheit. (Sehr richtig!) Auf unsere Anfrage, eine Zwangsversicherung der Handwerker einzuführen, haben wir nicht bestanden, weil aus dem Handwerk selbst vielfach Widerspruch erhoben wurde. Dagegen kann man sich dem Gedanken anschließen, daß die

freiwillige Versicherungen auszubauen

ist, indem man neue Lohnklassen für das Handwerk schafft mit höheren Beiträgen und Renten und dadurch den Anreiz gibt, daß ein Handwerker die Versicherung, die er als Arbeiter gehabt hat, freiwillig aufrecht erhält. Erleichterungen kann man so schaffen, daß man beispielsweise das Eintrittsalter von 40 auf 45 Jahre erhöht und aus diesem Handwerker die Möglichkeit zum Beitritt in die Versicherung gibt, der mehr als zwei Arbeiter, vielleicht bis zu fünf beschäftigt.

Die geplante Kombination der

Witwen- und Waisenversicherung

mit der Gesamtreform des Versicherungswesens darf nicht in der Weise erfolgen, daß eine Sinauschiebung der Witwen- und Waisenversorgung erfolgt. Es würde einen schädlichen Eindruck machen, wenn man zu einer Revidierung des feinerzeit gegebenen Versprechens gelangte. (Sehr richtig!) Die Regelung der

Rechtsverhältnisse der Berufsvereine

wird in ihrer Tragweite sehr überschätzt. Es handelt sich hierbei und auch bei der Regelung des Tarifvertrages um Ergänzungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, und deshalb wäre es richtig gewesen, diese Dinge an das Reichsjustizamt abzugeben. Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine hat seit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes ungemein an Bedeutung verloren.

Die nächtliche Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Berufsverein die Rechtsfähigkeit erwerben kann, ließe sich in kurzer Zeit erledigen, und es läge auch im Interesse des Staates, solche Normen zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat immer auf diese Frage sehr geringes Gewicht gelegt, weil sie davon eine Kontrolle der gewerblichen Organisation durch den Staat befürchtet. Selbstverständlich dürfen bei Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, Vorschriften über Rechnungslegung und Bilanz nicht fehlen, und daß diese Rechnungslegung zur allgemeinen Kenntnis kommt, liegt sehr wohl im Interesse des Staates.

Die Tarifverträge

will keiner von uns obligatorisch machen; wir wollen lediglich die privatrechtliche Form schaffen, deren sich jeder nach seinem Willen bedienen kann. Von Ausübung irgendwelchen Zwanges für einzelne Industrien kann keine Rede sein. Das ist auch der Standpunkt, auf den sich der deutsche Juristentag in Karlsruhe gestellt hat. Auf die Dauer wird man an der Auffassung zivilrechtlicher Normen nicht vorbeikommen, und ich wäre daher für eine Auskluft über den Stand der Vorarbeiten dankbar. Die Regelung der Sonntagsruhe und der Minimalsruhezeit im Wännenfabriksgewerbe ist im Fluß. Es finden noch Erhebungen statt, nach deren Abschluß die endgültige Regelung wohl erfolgen wird.

Ob es zur Befestigung der Verhältnisse auf dem Gebiete des gewerblichen Auskunftswezens nötig ist, schon wieder nach der Gesetzgebung zu rufen, ist mir sehr zweifelhaft. Der Staat hat schon heute eine Handhabe, den Gewerbebetrieb wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers eines Direkturbüros zu unterlagen. Bei den gewerblichen Auskunftsstellen größeren Stils, die Auskünfte über die Kreditfähigkeit von Personen geben, wird sich die Sache wohl durch die freie Konkurrenz regeln. Ob und inwiefern gesetzgeberische Maßnahmen zum Beispiel Konfessionspflicht nötig sind, darüber müßte zunächst eine Denkschrift der Regierung über etwaige Verhältnisse verlangt werden. Zurzeit sind wir in der Lage, der erwähnten Anregung zuzustimmen. Das gleiche gilt für einen Antrag, der vom Kollegen Giesberts hier vertreten wurde und sich auf die Abkennung der Versicherung bezieht. Der Antrag auf Aenderung des Versicherungsgesetzes dahin, daß mit der Herausgabe von Zeitungen eine Versicherung nicht verknüpft werden darf, geht viel zu weit. Wenn das Reichsversicherungsamt mit seiner Meinung nicht durchdringt, daß jeder Versicherungsvertrag dem Anste unterstellt ist, dann müßte durch eine Aenderung des Versicherungsgesetzes es ausgesprochen werden, daß auch jede Versicherung, die von einem Unternehmer im Nebenbetriebe gewerbmäßig betrieben wird, der Konfessionspflicht unterliegt und unter ständiger Aufsicht des Amtes steht. Das würde genügen. Man

berung zustimmen, die eindringliche Bitte zu richten, wir auf einer Karte ihre Unterchrift (Vor- und Zuname, Wohnort, Straße, und Hausnummer) zu senden.“

Heidelberger Rechtschutzstelle für Frauen und Mädchen.

N. Heidelberg, 4. Febr. In der am 30. Januar abgehaltenen 8. ordentlichen Mitgliederversammlung der Rechtschutzstelle für Frauen und Mädchen erstattete die Vorsitzende, Frau Camilla Jellinek, den Jahresbericht, welcher wiederum beweist, wie dankenswert die stille soziale Tätigkeit dieses Vereines ist. Die Zahlen des Berichtes sprechen für sich selber: Die Hilfe des Vereines wurde in 411 Fällen in Anspruch genommen, von denen nur 2 noch nicht erledigt wurden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Schulforderungen, Dienststreitigkeiten, Alimentationsforderungen, Fürsorgeangelegenheiten und Watterschuh. 38 der Hilfesuchenden waren erwerbstätig, 69 nicht erwerbstätig; 4 Anträge wurden von Behörden im Interesse Hilfsbedürftiger gestellt. 25 Fälle wurden durch Rat, Auskunft oder Schreiben von Briefen erledigt; 57 durch erfolgreiche Intervention, die übrigen durch Prozesse usw. — Zur Förderung der Watterschuharbeit hat der Verein an den heiligen Stadtrat eine Petition gerichtet, ständigen Müttern, eheleichen wie unehelichen, Stillprämiën zu gewähren, wie dies z. B. in Freiburg i. B. eingeführt ist. Die Verhandlungen über diese Petition, der sich der Badische Frauenverein, die Frauenklinik, die Frauenheilanstalt und das Paulinistenschloß angeschlossen, sind noch nicht zu Ende geführt. Außerdem bezieht sich die Rechtschutzstelle an verschiedenen Eingaben anderer Vereine auf die Aufhebung der öffentlichen Häuser in Heidelberg. Zulassung von Frauen zu den juristischen Staatsexamen in Baden. In Vorbereitung ist eine Petition um ein reichsgesetzliches Verbot der Verwendung von Kellnerinnen in größeren Städten, wobei aber durch Uebergangsbestimmungen die Weiterzulassung aller Kellnerinnen, die mindestens seit einem Jahre in ihrem Berufe stehen, ausgesprochen würde. — Nach der Rechnungsab-

solle neue wirtschaftliche Unternehmungen, die sich auch im Auslande ganz gut bewährt haben, nicht ohne weiteres durch die Gesetzgebung erschlagen. Zunächst wäre es gut, wenn die Regierungen uns eine Denkschrift über den Umfang der Monopolbefreiung und die etwa zuzugehörigen Maßnahmen vorlegen.

Ich empfehle Ihnen die Annahme unseres Antrages, betreffend den Ausbau des Deutschen Handwerkerbundes. Der Stoff wird niemals ausgehen; die Gegenwart erzeugt immer neue soziale Probleme und gesetzgeberische Aufgaben.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Erledigung der Aufgaben, die man vom Reichstage erwartet, in dieser Session erreicht wird. Wenn es geschieht, dann wird ein beachtlicher Fortschritt der sozialen Reform zu verzeichnen sein, und es würden damit alle die Wünsche ihre Erledigung finden, die im Laufe der letzten Jahre hier laut geworden sind. (Beifall.)

Dritte ordentliche Tagung der Landwirtschaftskammer.

(Von unserem Korrespondenten.)

III. 3. Karlsruhe, 4. Februar.

Präsident Dring Löwenstein eröffnet 9 Uhr die Sitzung und wird in der Beratung des Voranschlags fortzuführen.

Zuchtsinspektor Müller begründet die Anforderung von 1000 Mark und stellt folgenden Antrag: Die Landwirtschaftskammer wolle ihren Beitritt zu der in Frankfurt a. M. von den Landwirtschaftskammern für Hannover, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Sachsen, Rheinprovinz, Westfalen, Großherzogtum Hessen, dem Bayerischen Landwirtschaftsrat und der Centrale für Viehwertheung gemeinsam errichteten Geschäftsstelle für Schlachtwieherläufe erklären und sich die dortige Einrichtung zu Nutzen zu machen suchen, jedoch von der Einrichtung eigener Betanstaltungen zur Viehwertheung in anderen Städten vorerst Abstand nehmen. Im Anschluß wird ferner beantragt: Die Landwirtschaftskammer wolle sich mit der Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen wegen Verbesserung der Viehförderung auf der Eisenbahn, namentlich der Beförderung von Schweinen im Sommer wenden. Als besonders mißständig ist die gänzliche Abschließung der Wagen und deren lange Dauer beim Passieren der auf schweizerischem Gebiete liegenden Bahnhaltungen zu bezeichnen.

Direktor Niesch befürwortet die Erhöhung der Position von 300 auf 500 Mark, um die Viehwertheungsgenossenschaft noch weiter zu fördern, doch zieht er denselben wieder zurück, da die Stimmung für denselben eine geringe ist. Nach kurzen Bemerkungen wird die Position mit 24 Stimmen genehmigt.

Zuchtsinspektor Müller begründet die Einstellung von 11 000 Mark für Veranstaltung von Stallfischen. Weiterhin wird beantragt: Die Landwirtschaftskammer wolle für den Fall der Umloperhebung die probeweise Durchführung von Stallfischen vornehmen. Ueber die Einzelheiten der Durchführung sowie die Ausstattung des Schauplatzes soll der Ausschuss II für Tierzucht gefordert werden.

Oekonomierat Schmidt sowie Weidhant können sich für die Stallfische nicht begeistern und beantragen Streichung der Position. Stichproben von Stallfischen könnten ja vorgenommen werden durch die Tierarzneikommission. Man müsse auch betonen, daß wir in der Viehzucht nicht auf der wünschenswerten Höhe ständen.

Oberregierungsrat Hafner giebt dies zu, doch sei dies vor Allem darauf zurückzuführen, daß zu viel gutes Vieh verkauft werden müsse.

Bezirksleiter Franz tritt gleichfalls für Streichung ein, beantragt aber Einstellung von 10 000 Mark für Förderung der Milchzucht, Schweine- und Viehzucht.

Morgenheimer hält es für richtig, wenn die Landwirtschaftskammer die Regierung ersuche, sie möge die Tierarzneikommission beauftragen, probeweise Erhebungen in den Stallungen zu machen.

Oekonomierat Franz tritt für den Antrag des Tierarztes Franz ein, der schließlich angenommen wird.

Der Ausschuss für Geflügel-, Bienen- und Fischzucht beantragt, die Landwirtschaftskammer wolle in den Voranschlag zur Deckung der Ruhgeflügelzucht den Betrag von 1000 Mark einstellen. Es wird dabei der Wunsch ausgesprochen, daß auf diesem Gebiete die badischen Geflügelzuchtvereine zur Mitarbeit herangezogen werden möchten.

Dem Antrag wird mit 27 Stimmen zugestimmt. Weiter stellt der gleiche Ausschuss III den Antrag, für die Deckung der heimischen Bienenzucht, insbesondere für die Bekämpfung der Farnbrutpest im Benehmen mit dem badischen Landesverein für Bienenzucht, den Betrag von 1000 Mark einzustellen.

Ob Oberregierungsrat Rebe führt aus, daß die Regierung die Bestrebungen des Landesvereins für Bienenzucht aner-

kenne und auch mit erheblichen Geldmitteln unterstützt habe, so im letzten Jahre mit 1500 M.

Mit 26 Stimmen wird der Ausschussantrag angenommen.

Direktor Dr. Müller begründet die Einstellung von 2000 Mark zur Errichtung von Saatbaustellen, Saatgutvermittlung. Es solle vornehmlich die einheimische Saatguthilfe gefördert werden.

Freiberh. v. Menckingen beantragt Streichung der Position, da man mit derselben hinter dem Staatsvoranschlag herlaufe und die staatlichen Unternehmungen auf diesem Gebiete durchkreuze.

Nachdem Vielhauer und Kober nochmals die Position befürwortet, wird dieselbe mit großer Mehrheit genehmigt.

Weiter werden in den Voranschlag die Einstellung von 1000 Mark zur Förderung des Gerste- und Hopfenbaus durch alljährliche Veranstaltung einer Besichtigung größerer Ausstellungen vorgeschlagen.

Oekonomierat Frank hält die Besichtigung der Berliner Ausstellungen nicht für besonders nützlich und empfiehlt die Besichtigung der Ausstellung in Augustenberg.

Bürgermeister Bierniesel möchte die Besichtigung der Berliner Ausstellung nicht wissen, da auch von Baden viel Gerste nach dem Norden ausgeführt werde.

Der Antrag wird abgelehnt und ein Antrag, 500 Mark dafür einzustellen, nahezu einstimmig angenommen.

Für Förderung der Anlage von Wiesen und hauernden Futterweiden durch a) Beratung über die Anlage im allgemeinen, insbesondere über Saatgutmischungen, b) Prämiierung von Anlagen, die unter bestimmten Voraussetzungen ausgeführt worden sind werden 2500 Mark eingezahlt, für die Förderung des kunstigen Pflanzenbaus, insbesondere des Handelsgewächsbauens 1500 Mark und zur Förderung des Tabakbaues 500 Mark. Es entspinnt sich hierbei eine kurze Debatte über die Tabaksteuer und wird die Regierung gebeten, im Bundesrat für Erhöhung des Tabakzolls einzutreten.

Die Positionen werden einstimmig angenommen.

Cheppert begründet die Einstellung von 2000 Mark für Veranstaltung von Obstmärkten und 4000 Mark für sonstige Maßnahmen zur Förderung des Obstbaues, welche bestehen sollen in Durchführung des Meliorationsverkehrs und Abschaffung von Edelreisern, Abhaltung von Lehrkursen über Einerntung, Sortierung und Verpackung des Obstes, Einführung von einseitiger Verpackung für bod. Tafelobst, Veranstaltung von Obstmärkten und Besichtigung von größeren Ausstellungen. Die Positionen werden debattelos genehmigt. Weiter werden genehmigt 5000 Mark für den Weinbau. Die Mittel sollen hauptsächlich Verwendung finden für Schöpfung von Mustereinbergeranlagen, Prämiierung richtig verjüngter Nebenanlagen; Schöpfung von Rebschulen zur Heranzucht von Wurzelreben, Einführung von Weinproben-Ausstellungen, gemeinsame Beschaffung von Bekämpfungsmitteln für Rebschädlinge und Schlingen, Belehrung der Winger durch öffentliche Vortrüge; Anbauung bewässerter Vore.

Hauzer hofft, daß im Verlauf der Jahre die eingestellte Summe erhöht werde. Bei den Rebschädlingen sollte man nicht mit großen Strafen vorgehen. Auf dem Gebiete der Reclame dürfte auch für den Wein mehr getan werden durch Einführung von Probetagen. Für Gemüse- und Gartenbau werden 2000 M. angenommen und die Sitzung nach 2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

lenne und auch mit erheblichen Geldmitteln unterstützt habe, so im letzten Jahre mit 1500 M.

Mit 26 Stimmen wird der Ausschussantrag angenommen.

Direktor Dr. Müller begründet die Einstellung von 2000 Mark zur Errichtung von Saatbaustellen, Saatgutvermittlung. Es solle vornehmlich die einheimische Saatguthilfe gefördert werden.

Freiberh. v. Menckingen beantragt Streichung der Position, da man mit derselben hinter dem Staatsvoranschlag herlaufe und die staatlichen Unternehmungen auf diesem Gebiete durchkreuze.

Nachdem Vielhauer und Kober nochmals die Position befürwortet, wird dieselbe mit großer Mehrheit genehmigt.

Weiter werden in den Voranschlag die Einstellung von 1000 Mark zur Förderung des Gerste- und Hopfenbaus durch alljährliche Veranstaltung einer Besichtigung größerer Ausstellungen vorgeschlagen.

Oekonomierat Frank hält die Besichtigung der Berliner Ausstellungen nicht für besonders nützlich und empfiehlt die Besichtigung der Ausstellung in Augustenberg.

Bürgermeister Bierniesel möchte die Besichtigung der Berliner Ausstellung nicht wissen, da auch von Baden viel Gerste nach dem Norden ausgeführt werde.

Der Antrag wird abgelehnt und ein Antrag, 500 Mark dafür einzustellen, nahezu einstimmig angenommen.

Für Förderung der Anlage von Wiesen und hauernden Futterweiden durch a) Beratung über die Anlage im allgemeinen, insbesondere über Saatgutmischungen, b) Prämiierung von Anlagen, die unter bestimmten Voraussetzungen ausgeführt worden sind werden 2500 Mark eingezahlt, für die Förderung des kunstigen Pflanzenbaus, insbesondere des Handelsgewächsbauens 1500 Mark und zur Förderung des Tabakbaues 500 Mark. Es entspinnt sich hierbei eine kurze Debatte über die Tabaksteuer und wird die Regierung gebeten, im Bundesrat für Erhöhung des Tabakzolls einzutreten.

Die Positionen werden einstimmig angenommen.

Cheppert begründet die Einstellung von 2000 Mark für Veranstaltung von Obstmärkten und 4000 Mark für sonstige Maßnahmen zur Förderung des Obstbaues, welche bestehen sollen in Durchführung des Meliorationsverkehrs und Abschaffung von Edelreisern, Abhaltung von Lehrkursen über Einerntung, Sortierung und Verpackung des Obstes, Einführung von einseitiger Verpackung für bod. Tafelobst, Veranstaltung von Obstmärkten und Besichtigung von größeren Ausstellungen. Die Positionen werden debattelos genehmigt. Weiter werden genehmigt 5000 Mark für den Weinbau. Die Mittel sollen hauptsächlich Verwendung finden für Schöpfung von Mustereinbergeranlagen, Prämiierung richtig verjüngter Nebenanlagen; Schöpfung von Rebschulen zur Heranzucht von Wurzelreben, Einführung von Weinproben-Ausstellungen, gemeinsame Beschaffung von Bekämpfungsmitteln für Rebschädlinge und Schlingen, Belehrung der Winger durch öffentliche Vortrüge; Anbauung bewässerter Vore.

Hauzer hofft, daß im Verlauf der Jahre die eingestellte Summe erhöht werde. Bei den Rebschädlingen sollte man nicht mit großen Strafen vorgehen. Auf dem Gebiete der Reclame dürfte auch für den Wein mehr getan werden durch Einführung von Probetagen. Für Gemüse- und Gartenbau werden 2000 M. angenommen und die Sitzung nach 2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Das Berliner Hochbahn-Unglück vor Gericht.

(Von unserem Korrespondenten.)

sh. Berlin, 4. Februar.

(Zweiter Tag.)

Die Verhandlung in dem großen Hochbahn-Prozesse wurde heute unter unvorbereiteter Teilnahme des Publikums fortgesetzt. Hofr. (zum Angell. Schreiber): Sie haben doch eigentlich keinen schweren Dienst. Sie haben nur den Kommando zu folgen und auszuführen. Der Dienst eines Straßenbahnwagenführers scheint mir doch viel härter zu sein, als der Ihrige. — Angell. Schreiber: Nein, ich war früher Straßenbahnführer; auf der Hochbahn ist es viel schlimmer, sie fährt auch viel schneller. Der Vorsitzende richtet darauf an den Angeklagten nochmals die Frage, ob er angesichts der gestrigen Zeugnis- und Sachverständigen-Befragungen dabei bleiben wolle, daß das Signal für seinen Zug auf „freie Fahrt“ gestanden habe. Der Angell. Schreiber bleibt mit aller Bestimmtheit bei dieser Behauptung und behauptet ebenso bestimmt, daß sofort nach dem Anfall das Signal auf „Halt“ gestanden habe.

Verkehrssinspektor Münde von der Oberbahndirektion Berlin erklärt, daß zwar bei der Hochbahn verschiedene Unfälle und Betriebsstörungen vorgekommen seien, daß aber besonders viel Unfälle vorgekommen seien, wenn man nicht behaupten, aber sei das Gegenteil der Fall. Er habe den Eindruck gewonnen, daß im Verhältnis zu dem großen Verkehr größere Störungen verhältnismäßig wenig vorkommen. — Der frühere Bahnstelleninspektor Wisch ist von der Verteidigung als Zeuge dafür genannt worden, daß das Signal auf dem Gleisdreieck ständig in Anordnung war. Er giebt zu, daß

widersprochen werden, daß die formalen Arbeitsnachweise in Preußen nur geringe Bedeutung haben. Allerdings ist ihre Wirksamkeit, soweit die Dienstboten in Betracht kommen, noch eine beschränkte, aber die Resultate der Vermittlung sind gut, und es liegt an den Hausfrauen und Dienstboten selbst, sie noch zu verbessern dadurch, daß sie sich in immer ausgedehnterem Maße dieser kostenlosen, ausschließlich in ihrem Interesse geleiteten Vermittlungsstellen bedienen.

kleine Mitteilungen.

Aus Heidelberg wird uns berichtet: Die Organisation der Studentinnen wählt in ihrer nächsten Generalversammlung eine Vertreterin in den weiteren Ausschuss der Studentenschaft. Damit wird zum ersten Male eine Dame Sitz und Stimme im Ausschuss erhalten. — Eine Berliner Meldung über die Doktorpromotion einer Zoologin an der Berliner Universität besagt: Bei der Berliner philosophischen Fakultät hat Fräulein Roth, Samson aus Kottbus (soeben die Doktorwürde mit dem Prädikat magna cum laude erworben). Ihre zoologische Arbeit enthält Untersuchungen über die Anatomie der Hymeniden. Fräulein Samson ist 1884 zu Kottbus als Tochter des Fabrikbesizers und Stadtrats Gustav Samson geboren und hat von 1889 bis 1898 in ihrer Vaterstadt die Augustin-Schule, dann ein Jahr das Sophien-Stift in Weimar besucht. Später bereicherte sie sich privatim und durch zweijährigen Besuch der städt. Gymnasialkurse in Breslau zur Reifeprüfung vor, die sie 1901 daselbst am Friedrich-Gymnasium bestand. Sie hat sich dann in Freiburg und Berlin dem Studium der Naturwissenschaften gewidmet und hier insbesondere an die Professorinnen Franz Gilhard, Schulze und Deegener angeschlossen.

auf der Hochbahn und im Stellwerk Störungen vorgekommen seien. Es passiert mandamal, daß die Störungen 20 Minuten dauern oder noch längere Zeit. Weiter erklärt der Zeuge: Mir ist passiert, daß, als ich von Milowstraße nach Potsdamerplatz fahren wollte, das Signal auf „Halt nach Kottbusstraße“ für mich gestellt war. — A. A. Bahn (zum Zeugen gewandt): Haben Sie den Eindruck gehabt, daß auf der Hochbahn eine solofinale Anordnung herrsche? — Zeuge: Ja, das muß ich zugeben. — A. A. Bahn: Ist beim Ansehen auf der Hochbahn nicht viel zu wenig Zeit? — Zeuge: Das stimmt. — A. A. Bahn: Ein Bedauern konnte man in der Eile in den meisten Fällen nicht bezichtigen? — Zeuge: Nein, dazu war keine Zeit. Auf weiteren Befragen giebt der Zeuge zu, daß es ihm einmal passiert ist, daß unter seinem Zuge die Weiche umgestellt worden ist.

Der gegenwärtig noch in Diensten der Hochbahngesellschaft stehende Zugführer Pohle sagt aus, daß ihm einmal so spät das „Haltsignal“ gegeben wurde, daß er über das Signal hinausgefahren sei. — Hofr.: Warum haben Sie das nicht gemeldet? — Zeuge: Gott, wenn nichts passiert, dann macht man doch nichts damit. Der Zeuge belundet ferner, daß ihm wiederholt zu später Änderung des Signals vorgekommen sei, wodurch nach Ansicht des Zeugen ein Zusammenstoß hätte herbeigeführt werden können. — A. A. Bahn: Wie ist es denn an den Stationen? Werden Sie da angehalten? — Zeuge Pohle: Ja, das kommt vor, namentlich, weil doch immer Verzögerungen eintreten.

Der frühere Zugführer Hoffmann wird darauf als Zeuge vernommen. Er erhebt schwere Vorwürfe gegen die Hochbahnverwaltung. An seine Vernehmung schließt sich eine längere, recht lebhaft kontroverse zwischen Staatsanwalt und Verteidiger. Hoffmann hat durch den anstrengenden Dienst, wie er sagt, ein Magenleiden bekommen und ist deshalb entlassen worden. Er bekundet, daß er einen Zusammenstoß von Jäger am Schleißischen Tor verhindert und dafür eine Prämie zugesichert bekommen habe, die aber bis jetzt noch nicht erbildet. Die beiden Signale beim Verlassen des Gleisdreiecks nach dem Potsdamer Bahnhof hin seien einmal beide auf „freie Fahrt“ gestellt gewesen. Das eine wurde erst auf „Halt“ gestellt, nachdem er mit seinem Zuge, obgleich er freie Fahrt hatte, stehen geblieben war. Signal- und Weichenwärter, erklärt er, sind bei der Hochbahn an der Tagesordnung. Daß auf dem Leipziger Platz nicht noch viel mehr vorgekommen ist, ist nur den Zugführern zu danken. Ich verstehe überhaupt nicht, wie die Behörde einen solchen Fahrplan genehmigen kann. Drei Minuten sind nach dem Fahrplan Zufallsfall am Leipziger Platz. In dieser Zeit soll ich aussteigen, den Bahnhof entlassen (der Zeuge läuft im Gerichtssaal geschäftig umher, um das Tempo zu markieren. Große Unruhe) und dann wird man immer noch angehalten von den Beamten. — A. A. Bahn: Sind Sie immer mit Unbehagen über das Gleisdreieck gefahren? — Zeuge Hoffmann: Stets, wegen der großen Gefahr. In manchen Stellen ist es ja auch auf dem Gleisdreieck so baulässig, bzw. wird noch immer gebaut, jedoch man beim Fahren auf der Straße alles richtig sieht. (Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

• Mannheim, 5. Februar 1902.

* Hebertagen wurde dem Altmar Hermann Lauppe beim Bezirksamt Mülheim die eintägige Kunststelle eines Altmars do-felbst.

* Aus dem Staatsdienst entlassen wurde der eintägige Altmar Karl Scheffen, zurzeit beurlaubt, auf Ansuchen.

* Reichertsen, Schuhmann Dandolin Weber hier wurde in den Ruhestand versetzt.

* Kreditüberschreitungen. Die „Vollstimmte“ macht zu den Feststellungen des in der letzten Nummer veröffentlichten offiziellen Stadtratsberichts über die Kreditüberschreitungen bei städtischen Bauten folgende Bemerkungen: In der Monatsführung der Kommission des Bürgerausschusses erklärte Herr Sator, es sei ihm vollständig unmöglich, auf Grund der der Kommission vorgelegten Akten eine Nachprüfung des Voranschlags des Kaufhausumbaus vorzunehmen. Insbesondere schien die bei einem ordnungsgemäßen Voranschlag unerlässlichen Massenberechnungen. Es lagen nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen vor, auf die eine genaue Nachprüfung sich nicht stützen könne. Stadtbaurat Berrey erklärte, er habe den Voranschlag in derselben Weise aufgestellt, wie dies bei den städtischen Behörden gebräuchlich ist. Demgegenüber konstatierte Bürgermeister Ritter, sowie die Kommissionsmitglieder Sator und Sählin, daß die städtischen Voranschläge bis auf den Pfennig detailliert vorgelegt würden. Stadtbaurat Berrey gab daraufhin die Erklärung ab, diese detaillierten Berechnungen seien („in Notizen“) allerdings auch hier vorhanden gewesen, sie hätten aber trotz eifrigsten Suchens nicht mehr aufgefunden werden können. Vielleicht könne Herr Dr. Oberhardt darüber Auskunft geben. (Herr Dr. Oberhardt war längere Zeit Hochbahninspektor in Mannheim und ist gegenwärtig hiesig preussischer Kreisbauinspektor in St. Wendel bei Trier.) Aus dieser Darstellung der Vorgänge in der Kommission, die unverständlich ist, ergibt sich, daß zwischen den in der Zeitschrift des Stadtrats aufgestellten Behauptungen einerseits, den Zusagen des Herrn Stadtbaurats Berrey andererseits ein unauflösbarer Widerspruch besteht. Schließlich stellt das Blatt fest, daß seine Angaben über die Kreditüberschreitungen beim Bau der Humboldtstraße und der Kunsthalle vom Stadtrat nicht einmal zu demütigen versucht werden.

* Die Sektabel der Alpen pritz gestern Abend im Kaufmännischen Verein in begeisterten Worten der noch von seinem lehrwürdigen Vorgänger über seine Wandlungen in seiner Erinnerung behende Dr. med. W. H. H. Leipzig. Wenn der Redner über die Alpenwelt im allgemeinen nichts Neues zu sagen konnte, so war es doch trotzdem ein ganz besonderer Genuß, den Schilderungen eines Mannes zu lauschen, der mit den Augen des Künstlers zu leben vermag und der deshalb manches erdacht, was der auf den Herzknoten des Touristenverkehrs dahinstütenden großen Menge unbekannt bleibt. Es wird wohl wenig Alpinisten geben, die so wie Dr. H. H. H. in der gerundeten Bergwelt heimlich sind, die ihre intimen Schattenseiten nicht nur zu jeder Jahres- und Tageszeit, sondern auch bei jeder Witterung mit so liebenswürdigster Eifer studiert haben. Es muß ein unvergesslicher Genuß sein, mit einem solchen Natur- und Menschenkennner durch die Berge zu wandern. Dr. H. H. H. vertritt die Ansicht, daß die Volkfahrt in die Alpen, die in den letzten Jahren auch im Winter erfreulicherweise immer größere Dimensionen angenommen hat, weder als Nothilfe noch als Sport zu erklären ist. Nur in dem ästhetischen Wert liegt die Begründung. Alpinwanderungen, Alpinklettern und Alpinkampfen hätten eine gemeinsame Wurzel und ein gemeinsames Ziel. Sie wollen die Seele des Menschen befreien und erlösen. Diese ästhetischen Werte der Alpen im Zusammenhang zu betrachten, war der Zweck des Vortrags, der als höchst fruchtbarer geistlicher Spaziergang keine jäherlichen philosophischen Probleme zu lösen aufgab, sondern in lausendem Wandern, unermüdet mit unüberhörlichem zum Leben erregenden Gesang und humorvollen Wendungen, die historischen und kulturellen Beziehungen der Alpen zu uns, ihr Volkstum, ihre Tiere- und Pflanzenwelt und die einzelnen Elemente in formvollender Weise in Sprache und Bild vor Augen

Aus dem Großherzogtum.

na. Heidelberg, 3. Febr. Der erste diesjährige... Medizinische Mastenball findet kommenden Samstag, 6. Februar, in sämtlichen Säumen der Stadthalle statt.

* Baden-Baden, 3. Februar. Gestern abend ereignete sich auf der Nobelbahn schon wieder ein schwerer Unglücksfall. Ein hiesiger Herr fuhr mit seiner Frau, kam dabei aus der Bahn und geriet in einen Schneehaufen.

* Bühl (Baden), 2. Febr. Herr Antmann Siehle, zur Zeit kommissarischer Bürgermeister hier, welchem vom Gemeinderat in Anbetracht seiner erfolgreichen Amtstätigkeit und Dienstleistung die Bürgermeisterstelle angetragen worden war.

* Galsbach i. N., 1. Febr. Vorige Woche wurde der Fiedel Dietrich, unter dem Pseudonym „Säckerfisch“ in der ganzen Gegend bekannt, zu Grabe getragen. Der 85jährige Mann gehörte bis in sein hohes Alter in die Klasse der Sympathie- doktoren, von denen Volkschriftsteller Sansjatos in seinen „Wilden Kirichen“ schreibt.

* Pforzheim, 3. Febr. Am Neuen des hiesigen hiesigen Elektrizitätswerks wurde heute nacht ein neugeborenes Kind gefunden. Es war in Zeitungs- und Postpapier gewickelt und verpackt.

* Pforzheim, 4. Febr. Im benachbarten Dürrenz-Mühlacker gab ein 15jähriges Dienstmädchen von Enstingen aus Rache, weil sie von ihrer Herrschaft wegen einem Kinde beschimpft wurde, dem betreffenden fünf Jahre alten Knaben Schwefelsäure in die Milch. Dank rasch angewandter Mittel des herbeigeholten Arztes dürfte der Knabe mit dem Leben davonkommen.

* Offenburg, 1. Febr. Einen guten Fang hat die hiesige Polizei gemacht. Es wurden von ihr in einer Wirtschaft drei Italiener wegen Falschmünzerei verhaftet. Die in ihrer Wohnung vorgenommene Durchsuchung förderte ziemlich umfangreiches Falschmünzmaterial zu Tage.

* Freiburg, 3. Febr. Der Bürgerausschuss setzte Montag nachmittag in fünfter Sitzung die Beratung der am 8. Januar begonnenen Verhandlungen fort. Zunächst handelte es sich um die Weiterberatung der Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens.

* Freiburg, 3. Febr. Der Bürgerausschuss setzte Montag nachmittag in fünfter Sitzung die Beratung der am 8. Januar begonnenen Verhandlungen fort. Zunächst handelte es sich um die Weiterberatung der Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens.

* Freiburg, 3. Febr. Der Bürgerausschuss setzte Montag nachmittag in fünfter Sitzung die Beratung der am 8. Januar begonnenen Verhandlungen fort. Zunächst handelte es sich um die Weiterberatung der Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens.

Volkswirtschaft.

Goldjoren.

(Originalbericht des Mannheimer General-Anzeigers.)

Als die deutschen Vimeistlichen mit der ihnen eigenen Zähigkeit vor 10 oder 12 Jahren noch an dem Schlagwort von der „zu kurzen Goldbede“ festhielten, da hatte die Goldproduktion der Welt schon eine Höhe erreicht, die die Sorge berechtigt erscheinen ließ, ob die Welt nicht einer Goldüberschwemmung entgegengehe mit ebenso schädlichen Wirkungen wie die von den Almetischen eilig verordnete Silberinstation (Erigerung des Silbermünzen-Umlaufs) mit geschlossener Zerstörung über den Bedarf an Scheidemünze hinaus, mit der sie so ziemlich alle sozialen Uebel zu kurieren sich vermögen.

Tätigkeit wachsende Bedarf an Umlaufmitteln, sowie der industriellen Verbrauch (Wieder, Gemische und photographische Zwecke), der bekanntlich s. B. in Deutschland auf Grund von Fragebogen genau festgestellt werden soll und der auf ein Viertel der gesamten Jahresproduktion geschätzt wird.

Das wir auch gegenwärtig von einer Verdrängung der Goldanprüche noch weit entfernt sind, dafür ist die Beunruhigung ein Beweis, in welche die fortgesetzte Goldanbahnung der Bank von Frankreich seit einigen Wochen die Geldmärkte aller anderen Länder versetzt hat. Da ausreichende Börsen- oder finanztechnische Erklärungen für diese Goldpolitik nicht zu finden waren, so glaubte man derselben politische Bedeutung beimessen zu müssen, und mit nicht viel geringem Argwohn wurde und wird noch das Anwachsen des Goldschatzes des französischen Nationalfonds beobachtet, als wenn es sich um Ansammlung von Truppen handelte.

Das wir auch gegenwärtig von einer Verdrängung der Goldanprüche noch weit entfernt sind, dafür ist die Beunruhigung ein Beweis, in welche die fortgesetzte Goldanbahnung der Bank von Frankreich seit einigen Wochen die Geldmärkte aller anderen Länder versetzt hat. Da ausreichende Börsen- oder finanztechnische Erklärungen für diese Goldpolitik nicht zu finden waren, so glaubte man derselben politische Bedeutung beimessen zu müssen, und mit nicht viel geringem Argwohn wurde und wird noch das Anwachsen des Goldschatzes des französischen Nationalfonds beobachtet, als wenn es sich um Ansammlung von Truppen handelte.

Erhöhung der Seisenpreise.

Aus Limburg wird geschrieben: Eine hier abgehaltene Versammlung der Seisenfabrikanten von Hessen-Nassau usw. beschloß mit Rücksicht auf den starken Anstieg der amerikanischen Preise, die seitherigen Seisenpreise um 4-6 Mark pro 100 Kilo zu erhöhen.

Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Die Dividende wird lt. A. B. G. wieder 5 Proz. für die Vorzugs- und die Stammanteile betragen.

Schweizerische Nationalbank. Das Direktorium der Schweizer Nationalbank erwähnt den Diskontsatz von 3 1/2 Proz. auf 3 Proz. Der Lombardsatz bleibt unverändert 4 Proz.

Die Hütte- und Zelle-Vermittlungsgesellschaften von Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg beabsichtigen sich zu einer Organisation zusammenzuschließen und in Hamburg ein eigenes Betriebsgebäude zu errichten.

Vorjahrslöhne der Borte. Die Borte schloß mit der Deutschen Orientbank eine Vorjahrslöhne von 1. B. 500 000, ebenso mit der Ottomanbank eine solche von 1. B. 500 000 ab.

Deutscherisch-ungarischer Bank. Die Generalversammlung der Deutscherisch-ungarischer Bank nahm einen überaus stürmischen Verlauf, da das jugoslawische Herrenhausmitglied Dr. Starda eine halbseitige Rede in tschechischer Sprache hielt. Die weitaus überwiegende Anzahl der deutschen Aktionäre begleitete die Rede mit ununterbrochenem stürmischem Widerspruch.

Harriman zum Direktor zweier Bahnen. Harriman wurde zum Direktor zweier Vonderbilt-Bahnen, der Lakeshore-Bahn

und der Michigan-Centralbahn gewählt. Die Wahl hat, da die Unionpacific nicht Aktionärin dieser Bahnen ist, die Börse überroht. — Das „Journal of Commerce“ meldet, ein Kartell fast aller westlichen Zementfabriken mit insgesamt 200 Millionen Dollars Kapital sei dem Abschlusse nahe.

Telegraphische Handelsberichte.

B. Von der Frankfurter Börse. Die Kommission für Zulassung von Wertpapieren hat die Zulassung der nom. R. 5 Mill. 1/2 Proz. Teilschuldverschreibungen der Elektrizitäts-A. G. vorm. B. Lahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M. und der W. W. Mill. 4 Proz. Hypothekendarlehen (Abteilung 16) der Deutschen Grundcreditanstalt zu Göttingen zur Notierung im öffentlichen Börsenkursblatt genehmigt.

4 Prozent Anleihe der Stadt Kaiserslautern.

Aus Kaiserslautern wird gemeldet: Die hiesige Stadtverwaltung begab 757,000 Mark 4 Prozent Stadtanleihe zu 100,50 Prozent an das Bankhaus Debrück, Leo u. Co. in Berlin. Die Angebote von 15 anderen Firmen und Banken bewegten sich lt. „Bkf. Ztg.“ zwischen 100,33 Proz. und 99,50 Proz.

Neue Anleihe der Stadt Hanau.

Hanau, 5. Febr. Die neue Hanauer Stadtanleihe soll laut „Bkf. Zeitung“ am nächsten Dienstag in gemeinschaftlicher Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats vergeben werden.

Errichtung einer neuen chemischen Fabrik.

München, 5. Febr. Die Münchener städt. Kollegien haben ein größeres Areal in der Nähe der großen städt. Gasanstalt Rodach an eine Interessentengruppe verkauft, die im Verein mit der Dresdener Bank dortselbst eine chemische Fabrik errichten will, in der auch die Abfallstoffe der Gasanstalt verarbeitet werden sollen. Der Vertrag der Gesellschaft mit der städt. Gasanstalt wegen Lieferung der Produkte soll auf 20 Jahre lauten. Nach Ablauf von 10 Jahren behält sich jedoch laut Bkf. Zeitung, die Gasanstalt vor, einen bestimmten Prozentsatz für sich zu verwenden.

Neues vom Disibudenmarkt.

Dresden, 5. Febr. Der Aufsichtsrat der Mechanischen Aktien-Spinnerei beantragt laut Bkf. Ztg. für 1908 wiederum 10 Prozent Dividende.

Elektrizitäts-A. G. vorm. S. Voege in Chemnitz.

Chemnitz, 5. Febr. Ein am 4. Februar in obiger Fabrik entstandener Brandschaden ist, wie die Verwaltung mitteilt, nicht erheblich und durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb wurde zum größten Teil schon am folgenden Tag wieder aufgenommen. In wenigen Tagen wird das Werk, der „Bkf. Ztg.“ zufolge, wieder in vollem Betrieb sein.

Braunschweigische Lebensversicherungsanstalt.

Braunschweig, 5. Febr. Die Braunschweigische Lebensversicherungsanstalt setzte einen neuen Direktor ein, der die Anstalt selbstständig weiterführt und eine Erweiterung veruchen soll. Die Fusion mit der Preussischen Lebensversicherungsanstalt ist der „Bkf. Ztg.“ zufolge, demnach einstweilen gescheitert.

Zahlungseinstellungen.

Die Getreidefirma Dubois u. Söhne in Köln ist den „Münch. N. N.“ zufolge in Zahlungseinstellung geraten. Beteiligt sind verschiedene Müller des Rheinlandes. Die Firma beabsichtigt, zu liquidieren. Die Höhe der Aktiven und Passiven ist noch nicht festgestellt. — Nach der „Köln. Ztg.“ hat das Warenhaus Adolf Rich in Köln Bankrott angemeldet.

Vom amerikanischen Eisenmarkt.

London, 5. Febr. Nach dem Wochenbericht des „Iron Age“ aus Philadelphia vom amerikanischen Eisenmarkt ist die Lage für Eisen und Stahl unbedenklich. Die Kaufe vollziehen sich nur zögernd. Die Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung schwindet. Die Kohlenpreise sind insofern fest, da die Produzenten dem Preisdruck widerstehen. Die Rohisenmärkte im Süden zeigen eine mäßige Zunahme. Die Situation im Westen wird durchaus nicht günstig beurteilt. Die Regierungsentwicklung betr. Übernahme der Tennessee Coal and Iron Company durch den Stahltrust bildet ein weiterer beunruhigender Faktor. Herriges Material liegt matter. Die Preise der Stabeisen sind niedriger. (Bkf. Ztg.)

Vom Baumwollmarkt.

New-York, 5. Febr. Die Baumwoll-Kommission beendete die Qualitätsfeststellungen und wird die Bremer und Liverpooler Plätze verlassen, die amerikanische Korn einzuführen.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 5. Febr. Fondsbörse. Die Haltung der heutigen Börse bei Eröffnung war lustlos. Von Seiten der Westbörsen, sowie aus Wien fehlte es an Anregung. Was die Einzelheiten des Verkehrs betrifft, so zeigten Transportaktien stilles Geschäft, Baltimore lustlos, für Lombarden bestand Nachfrage, welche zu festere Tendenz führt. Schiffahrtsaktien wenig verändert. Das Geschäft auf dem Bankenmarkt war angeregter, Nationalbank für Deutschland bevorzugt, ebenso hiesigen Mittelbanken günstige Tendenz erkennen. Montanaktien waren auf angeführte Ursachen betr. des Kupfermarktes abgewandt. Regere Interesse bestand für heimische Fonds, von denen besonders 3 und 3 1/2 Proz. Reichsanleihen und Konjuls feste Tendenz aufwiesen, auch übrige Staatsanleihen der Bundesstaaten anziehend, neue hiesige 102,20, 3 Proz. Hessen 85,50. Von Industriewerten sind elektrische bei fester Tendenz zu erwähnen, Edison steigend und lebhaft umgekehrt, chemische behauptet, Weisitz Haber erneut rückgängig bei 7 Prozent Ausrückgang. Der weitere Verlauf gestaltete sich weiter günstig für den Fondsmarkt, wozu auch ausländische Papiere profitierten, Türkenwerte, Russen und Mexikaner anziehend. In der Nachbörse erhielt sich die günstige Tendenz, mit Ausnahme des Montanmarktes, der weiter eine abwartende Haltung einnahm. Die Börse schloß fest. Türkenlose lebhaft, desgleichen elektrische Werte. Es notierten: Kreditaktien 202,20, Diskonto 188,20, Staatsbahn 145,50, Lombarden 18,10 bis 18,25, Baltimore 11, Türkenlose 147,20 à 80, Handelsgesellschaft 174,20 à 80, Dresdener Bank 153,10, Edison 225,50 à 75, Siemens u. Halske 202,75.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns for location (Amsterdam, Belgien, Italien, London, Paris, Schweiz, Wien, Venedig, Brüssel) and interest rates (4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100).

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table of German state securities including Reichsanleihe, Pr. Anleihe, and various municipal bonds.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table of industrial stocks from various companies like Borsig, Siemens, and others.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks including Bergbau, Hibernia, and others.

Table of stocks for shipping and transport companies.

Handbriefe, Prioritäts-Obligations.

Table of handbills and priority obligations from various banks and institutions.

Bank- und Versicherungsaktien.

Table of bank and insurance stocks including various banks and insurance companies.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Kreditaktien 201.10, Diskontokommandit 188.20, Darmstädter 131.50, Dresdner Bank 153.20, Handelsbank 174.30, Deutsche Bank 245.25, Staatsbahn 145.50, Lombard 17.65, Bochumer 221.-, Gelsenkirchen 186.70, Vauxhall 129.50, Ungarn 93.70. Leber: ruhig.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.) Berlin, 5. Febr. Fondsbörse. Die Börse eröffnete bei ruhigem Geschäft ziemlich fest, auf weiteren Anzeichen der von der Selbstlosigkeit begünstigten Renten. Japaner auf London bezogen, wobei Russen vernachlässigt. Banken meist um Bruchteile eines Prozentes bei Festhaltung des ersten Aufstoß höher. In Danzigen entwickelte sich reges Geschäft zu steigenden Kursen. Montanwerte unregelmäßig. Später gewann allgemein eine schwächere Tendenz die Oberhand auf den Rückgang in Rheinländern. In Bahnen war das Geschäft zu Neigung zu Realisierungen eng begrenzt. Österreichische Staatsbahnen auf Wien besser. Schiffahrtaktien und Creditaktien zeigten keine gleichmäßige Tendenz. Für allgemeine Weltmarktstimmungen zeigte sich trotz verhältnißmäßig Gunst, angeblich auf große Neubestellungen, der Kurs gewann über 1 Prozent. In Danzigen zeigte sich ebenfalls eine ziemlich

starke Aufwärtsbewegung ein, wodurch sich der Kurs von 17,5 auf 18,10 stellte. Sonst trug der Verkehr das Gepräge der Unzufriedenheit. Kreditaktien gaben auf Bekanntwerden des Schlußes des österreichischen Reichsrats nach.

Table of Berlin stock exchange data for various companies and bonds.

W. Berlin, 5. Februar. (Telegr.) Nachbörse. Kreditaktien 201 - 201 - Staatsbahn 145.20 145.10 Diskontokommandit 188.40 188.50 Lombard 17.50 18.20

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, and other goods.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock exchange data for various international securities.

Mannheimer Effektenbörse.

Am 5. Februar. (Offizieller Bericht) An der heutigen Börse wurden Rheinische Kreditbank-Aktien zu 133.25 Prog. umgesetzt. Ferner waren höher gefragt: Präludische Bank-Aktien zu 100.50 Prog. und Rhein. Spargelbank-Aktien zu 103.50 Prog. Uebrigens ziemlich un verändert.

Table of Mannheim stock exchange data for various local and regional companies.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldensbaum; für Recht und Jurisprudenz: Georg Christmann; für Lokales, Provinzialles u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joss. Druck und Verlag der Dr. G. Saas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Margod. Hauptgeschäft: Nr. 56 und 1037 5. Februar 1900. Provisionsfrei. Table of various stocks and bonds with columns for 'Verkäufer' and 'Käufer'.

Emser Wasser Kränchen. Weitere Offerten von Baum's Billigkeits-Tage. Damen-Stiefel 4 50, Herren-Stiefel 5 50, Knaben-Stiefel 4 75, Damen-Stiefel 7 20, Herren-Stiefel 6 80, Kinder-Stiefel 4 40, Damen-Stiefel 6 40, Herren-Stiefel 11 50, Kinder-Stiefel 3 60. Tanz-Schuhe zu Schleuder-Preisen. Otto Baum J I, I Schuhhaus ersten Ranges J I, I Telephone 1770.

Ipsit

Hervorragendstes
Wasch- und Bleich-
mittel der Neuzeit

Wendend weisse Wäsche
für zum Kochen, Reiben und
Bürsten überflüssig. Angenehm
und unbeschädlich im Gebrauch.
Fabrikanten:
Föll & Schmalz
Bruchsal.

Arbeits-Vergabung.
Für den Neubau der Wil-
helm-Schule sollen im
Bege des öffentlichen Ange-
bots die Schloßarbeiten
(Haupterschlag) vergeben
werden.
Angebote hierauf sind ver-
schlossen und mit entsprechen-
der Aufschrift versehen, bis
spätestens
Donnerstag, 18. Febr. 1909,
vormittags 11 Uhr
an die Kanzlei des unter-
zeichneten Amtes (Kaufhaus
3. Stock, Zimmer Nr. 125)
einzureichen, wobei auch
die Angebotsformulare gegen
Erlaß der Umrudrlofen
abgegeben werden und die
Eröffnung der Angebote in
Gegenwart etwa erschienenen
Dieter erfolgt.
Mannheim, 4. Febr. 1909,
Städt. Hochbauamt:
F. R. C. 32701

Unterricht
Existenz!

Gewinn
in Mannh.

Knaben und Mädchen können
sich in ihren freien Stunden
bei Tag oder abends durch
den Besuch unserer Kurse
gründlich und billig, für den
Bürodienst, die Kaufmann-
schaft etc. vorbereiten und
sich eine angenehme, ge-
sicherte Existenz schaffen.
Hundert von uns aus
allen Berufsständen herange-
bildeten Damen und Herren
besitzen sich heute in gut
bezahlten Stellen, worüber
zahlreiche Anerkennungen vor-
liegen. Bestes, ältestes und
einziges Privat-Handels-
lehr-Institut am Platze mit
nur staatl. gepr. und kaufm.
gebildeten Lehrkräften!!!
Volksschulbildung
genügt 59074

Privat-Handelsschule
Institut Bücher
D 1, 7/8 Mannheim D 1, 7/8
Hauptstadt, Bureau-Zimmer
Nr. 61 (Personenaufzug).

Alle
Absolventen sind gut
plaziert!

Zimmerluft-Verbesserer
„BELLARIA“
Mark 12.—
Alleinverkauf bei
Josef Blum, D 1, 13.

Geldverkehr
Eude 2000 Mk. von Selbst-
geber. Sicherheit nach. Ein-
satz nach Uebereinkunft. Df.
u. Nr. 2081 a. d. Exped. ds. Bl.

Masken
Hochlegante Damenmaske,
sagt neu, zu verl. od. verk.
R 7, 2 portiere. 3664

Möbl. Zimmer
Lohrstr. 15, 2. St. links.
Eo, möbl. Sim, z, v. 3664

Sonder-Angebot
giltig vom 6. bis 28. Februar

Rein seidene Foulards
hell und dunkelgründig

2000 Meter bisher M. 3.— . . . **jetzt M. 1.50**
2000 Meter bisher M. 5.— . . . **jetzt M. 2.50**

Karierte und gestreifte Seidenstoffe
2000 Meter, bisheriger Preis Mk. 3—5, **jetzt Mk. 2.—**

Seidenhaus Theodor Silberstein
C 1, 7 Mannheim C 1, 7
Foulard beherrscht die kommende Mode. 5775

Leinwand,
Wändener Bierwürst,
Beifällige Weizwürst,
Braunschweig Weizwürst,
Thüringer Korbwürst,
ganz mageren Eier-Sped

Wurstfabrik
Geschw. Leins
O 6, 3.

„Rheinpark“
Morgen Samstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr
großes karnevalistisches echt spanisches
Konzert 10 Perionen (im Original-Opéra)
unter Mitwirkung erstklassiger Vokalistinnen
verbunden mit großen Schweine-Essen
(Hausgemachte Sauerkraut, Rippchen
und Knudel in bekannter Güte).
— Sauerkraut und Eintritt frei. —
Prima Stoff aus der Bürgerbrauerei Ludwigshafen.
5793
Es ladet erhebt ein Jacob Seifensmeier.

Verloren
Mittwoch abend ein Gold-
gehört mit Emailleinschneide
von Charloitenstr. Die Rosen-
garten. Abzugeben gegen
Belohnung Charloitenstraße
Nr. 6, 5. Stock. 3640

Zu verkaufen.
Kassenschränk
gebräucht, noch sehr gut er-
halten, besonders preiswert
zu verkaufen. 3020
L 11, 6
Badewannen zu verkaufen
in verziehen aus
an Abzahlung bei
Karl Schaff, J 1, 20.

Stellen finden
Stadtreisender gegen hohe
Provisionen. Branche-
kenntnisse nicht erforderlich.
Offerten unter Angabe der
bisher. Tätigkeit unt. P. H.
3665 an die Exped. ds. Bl.

Der Koch Hans Koch, Mannh. ab,
P. Kinnecndstr. 10, D. 1, 10, 10, 10,
u. u. 1. März gute Stellen. 3619
Hiro Böker, J 3, 1, Tel. 3316

Bureaudiener.
H. B. Weill & Co.
E 2, 18.

Tüchtige
Weichgummi-
Arbeiter
für Rifen u. Spritzen gesucht.
Offerten unter Nr. 2223 an
die Expedition d. Bl.

In doppelter Ausführung
durchaus perf. Buchhalterin
zum sofort. Eintritt gesucht.
Offerten unter Nr. 2659
an die Expedition dieses
Blattes.

Nebenverdienst.
Den provisionsweisen Ver-
kauf von Weinen einer er-
fahrenen Firma an vertran-
enswürdigte Perionen zu ver-
geben. Offerten unter Nr.
2227 an die Exped. ds. Bl.

Ablehnender Herr sucht
zur Wahrung eines kleiner.
Handhalts in Ludwigshafen,
zuverlässige ältere Person.
Behalt u. Ueberernehmen.
Offerten u. M. N. 2221 an d.
Expedition ds. Blattes.

Stellen suchen
Tüchtige Reisende, 2 Jahre
im Koch, 1. Köchler, Scham-
poanieren u. Zubehören be-
wandert, sucht Stellung in
besser. Geschäfte Mannh.
Ludwigshafen zur weiteren
Ausbildung. Näheres in der
Expedition ds. Blattes. 3692

Suche für meine Tochter,
15 1/2 Jahre alt, auf solchem
kaufm. Bureau sofort oder
später Lehrstelle. Gest. Of-
ferten u. 3660 a. d. Exped. ds. Bl.

Während jeder Zeit suchen
u. sind die best. Stellen
bei Frau Hartmann, G 6, 2,
3681

Mietgesuche
Der Mitte April werden
für ein junges Ehepaar
2 möbl. Zimmer
in guter Lage auf etwa 3
Monate zu mieten gesucht.
Offerten unter Nr. 2226 an
die Exped. ds. Blattes.

Wirtschaften.
Reinwirtschaft
in gut gehender Lage an lan-
tionssfähige Leute zu ver-
mieten oder zu verkaufen.
Offerten unter Nr. 2658 an
die Expedition ds. Blattes.

Bureaux.
Bureau
mit Telefonanschluss, separ.
Eingang, geräum. Zimmer,
sof. zu verm. Heinrich Danz
straße 18 part. 2224

3, 5, 8.
Zim. Wohn.
für Bureau geeignet,
zu vermieten. 2085
G. Böttlein sen.
Bureau: Götterstr. 4.

Wohnungen
B 5, 15 neubauer, 3 Zim.,
Wohnung zu n. 3628

Ringstraße, 4. Stock.
Zweizimmerwohnung, neu her-
gerichtet 6 1/2 Zim., m. reichl.
Zub. u. geteilt, ver 1. Apr.
u. v. Rab. 5 4, 10, 2. St. 1. 3681

Feudenheim
Mannheimerstraße 20
3 Zimmer, Küche, Badzimmer
und Zubehör sofort zu v. 3583

Amfliches
Verfündigungsblatt
für den Amtsbezirk Mannheim.
Erscheint wöchentlich ein bis zweimal.
Mannheim, den 5. Februar 1909.
No. 10.

Verfündigungsblatt
für den Amtsbezirk Mannheim.
Erscheint wöchentlich ein bis zweimal.
Mannheim, den 5. Februar 1909.
No. 10.

Tagesordnung
Der Magistratsversammlung am
Donnerstag, den 11. Februar 1909, vormittags 9 Uhr:
1. Erlaß der Arens-Dingeldey-Erklärung in Mannheim
um Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
2. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
3. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
4. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
5. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
6. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
7. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
8. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
9. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung
10. Erlaß des Beschlusses einer Zuchtvereinsvereinbarung

Bekanntmachung.
Die Erlaßung von Zucht-
vereinsvereinbarungen
Nr. 1109/111. Die durch die
Zuchtvereinsvereinbarung
Nr. 1109/111, am 11. Januar
1909, beschlossene Zucht-
vereinsvereinbarung ist mit
dem Erlaß des Beschlusses
Nr. 1110/112 vom 11. Februar
1909, aufgehoben worden.
Die durch die Zuchtvereins-
vereinbarung Nr. 1109/111,
am 11. Januar 1909, be-
schlossene Zuchtvereinsverein-
barung ist mit dem Erlaß
des Beschlusses Nr. 1110/112
vom 11. Februar 1909, auf-
gehoben worden.
Mannheim, den 11. Februar 1909.
Der Magistratspräsident:
G. Böttlein sen.

Bekanntmachung.
Das Reichsgericht hat
am 11. Januar 1909, im
Urteil Nr. 1109/111, die
durch die Zuchtvereinsverein-
barung Nr. 1109/111, am 11.
Januar 1909, beschlossene
Zuchtvereinsvereinbarung
aufgehoben.
Mannheim, den 11. Februar 1909.
Der Magistratspräsident:
G. Böttlein sen.

Bekanntmachung.
Die Erlaßung von Zucht-
vereinsvereinbarungen
Nr. 1109/111. Die durch die
Zuchtvereinsvereinbarung
Nr. 1109/111, am 11. Januar
1909, beschlossene Zucht-
vereinsvereinbarung ist mit
dem Erlaß des Beschlusses
Nr. 1110/112 vom 11. Februar
1909, aufgehoben worden.
Die durch die Zuchtvereins-
vereinbarung Nr. 1109/111,
am 11. Januar 1909, be-
schlossene Zuchtvereinsverein-
barung ist mit dem Erlaß
des Beschlusses Nr. 1110/112
vom 11. Februar 1909, auf-
gehoben worden.
Mannheim, den 11. Februar 1909.
Der Magistratspräsident:
G. Böttlein sen.

Bekanntmachung.
Die Erlaßung von Zucht-
vereinsvereinbarungen
Nr. 1109/111. Die durch die
Zuchtvereinsvereinbarung
Nr. 1109/111, am 11. Januar
1909, beschlossene Zucht-
vereinsvereinbarung ist mit
dem Erlaß des Beschlusses
Nr. 1110/112 vom 11. Februar
1909, aufgehoben worden.
Die durch die Zuchtvereins-
vereinbarung Nr. 1109/111,
am 11. Januar 1909, be-
schlossene Zuchtvereinsverein-
barung ist mit dem Erlaß
des Beschlusses Nr. 1110/112
vom 11. Februar 1909, auf-
gehoben worden.
Mannheim, den 11. Februar 1909.
Der Magistratspräsident:
G. Böttlein sen.

Bekanntmachung.
Die Erlaßung von Zucht-
vereinsvereinbarungen
Nr. 1109/111. Die durch die
Zuchtvereinsvereinbarung
Nr. 1109/111, am 11. Januar
1909, beschlossene Zucht-
vereinsvereinbarung ist mit
dem Erlaß des Beschlusses
Nr. 1110/112 vom 11. Februar
1909, aufgehoben worden.
Die durch die Zuchtvereins-
vereinbarung Nr. 1109/111,
am 11. Januar 1909, be-
schlossene Zuchtvereinsverein-
barung ist mit dem Erlaß
des Beschlusses Nr. 1110/112
vom 11. Februar 1909, auf-
gehoben worden.
Mannheim, den 11. Februar 1909.
Der Magistratspräsident:
G. Böttlein sen.

Bis zum 20. Februar

5708

Alle

zurückgesetzte Gardinen, Stores etc.

zu außergewöhnlich billigen stark reduzierten Inventur-Preisen.

J. Hochstetter.

Neue Fracks verleiht Schneiderwerkst. „Blitz“.



Wo lasse ich meine Kleider reparieren und bügeln?

Hausfrauen

Garantiert rein amerikanische Petroleum der Mannheim-Brauer Petroleum-Actiengesellschaft.

Bauszinsbücher Dr. B. Haas

Geschäfts-Verlegung.

Zeige meiner verehrlichen Kundschaft, sowie titl. Publikum ergebenst an, dass ich mein

Delikatessen-Geschäft

von B 1, 7a nach meinen neuen Lokalitäten

C 1, 4 (Breitestrasse) neben der Hofapotheke

verlegt habe.

Ich bitte, das mir bisher in so reichem Masse entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen und sichere stets billigste Preise und prompte Bedienung zu.

Jac. Schick

Wechsel-Formulare zu haben Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei.

Zahn-Bürsten

Marke: Haltbarkeit garantiert. Kleiderbürsten, Haarbürsten, Käme, Mund- und Haarwasser, Seifen, besonders

Schwämme

in bester Form und haltbar empfiehlt 82664

Springmann's Drogerie

P 1, 4 Breitestrasse P 1, 4

Vermischtes.

Die Herren, die gestern Abend...

Gesellschaft...

Geburtshilfe.

St. 219 III. In dem...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...

Wandlung.

Die Wandlung...